



Newsletter

vom 24.02.2019

Politik aktuell - Exporte nach Saudi-Arabien

Kommentar zu aktuellen politischen Ereignissen

Die Regierung in Frankreich hat Deutschland aufgefordert, die gemeinsamen entwickelten Produkte in der Waffenindustrie von einem Exportverbot nach Saudi-Arabien auszunehmen. Produkte wie der Eurofighter oder der Tornado sind seit dem Tod des Journalisten Kashoggi vom Exportstopp betroffen, so dass Deutschland keines der Produkte nach Saudi-Arabien liefert. Frankreich fordert eine gemeinsame Linie statt eines Alleingangs Deutschlands. Wir fordern in dieser Sache mehr gesamteuropäischen Zusammenhalt! Es muss eine klare Regelung geben, welche Konsequenzen nach dem Vorfall und der Ermordung des Journalisten eintreten.

Außerdem muss die EU hier an einem Strang ziehen und es sollten nicht einzelne Mitgliedsstaaten vorpreschen und möglicherweise die Zusammenarbeit in bestimmten Bereichen, wie etwa der Waffenproduktion torpedieren. Gerade wenn mehrere Länder wie etwa bei der Herstellung von Kampfflugzeugen so eng zusammen arbeiten wie z.B. Deutschland und Frankreich, müssen hier konkrete Absprachen erfolgen, die eine gemeinsame Vorgehensweise zulassen und auch Kompromisse möglich machen. Sonst droht nicht nur ein wirtschaftliches Durcheinander und eine erneute europaweite Krise sondern auch der Verlust von Glaubwürdigkeit -den grade Deutschland sich nicht leisten kann!

Politik aktuell - Bundeswehrsyste

Kommentar zu aktuellen politischen Ereignissen

Vor kurzem hat die Fraktion der Linken eine erschreckende aber bezeichnende Antwort vom Bundesverteidigungsministerium erhalten, zum Thema Reparatur von militärischen Waffensystemen. Im konkreten Fall hat das Verteidigungsministerium nunmehr zu verstehen gegeben, dass fast die Hälfte aller Waffensysteme der Bundeswehr nicht selbst repariert werden dürfen. Teilweise ist sogar die Anwesenheit von Bundeswehrangehörigen untersagt! Wir schließen uns dem Kommentar des Wehrexperthen der Linksfraktion Matthias Höhn an, dass es nicht sein kann, dass die Bundeswehr durch die Waffenindustrie derartig vorgeführt wird und in einigen Bereichen bei der Reparatur der eigenen Systeme nicht einmal anwesend sein darf; geschweige denn die Systeme selbst reparieren darf. Ein Mitarbeiter aus dem Ministerium lässt zwar laut Medien verlauten, dass die Komplexität vieler Systeme und auch die Kosten für Instandhaltung sehr hoch sind, so dass es für die Bundeswehr keinen Nutzen hat, alles aus einer Hand bieten; jedoch kann unser Meinung nach auch eine Chance entstehen! Sei es für Arbeitsplätze, Prestige oder Rückhalt in der Bevölkerung. Aber auch die Kenntnis der eigens genutzten Systeme kann hier massiv verbessert werden. Wir fordern daher, dass eine Diskussion entsteht, ob die Effizienz der Bundeswehr, die in den letzten Monaten stark im öffentlichen und weltweiten Bild an Stärke eingebüßt hat, an dieser Stelle nicht verbessert werden und auch das Wissen der eigenen Fachkräfte und Soldaten erweitert werden kann. Auch die Abhängigkeit von vielen Unternehmen kann auf ein Minimum reduziert werden!